



Nur frühzeitige, angemessene Investitionen zum Erhalt der Infrastruktur sind dazu geeignet, höhere Belastungen in der Zukunft und eine Schwächung unserer Wirtschaftskraft zu vermeiden. Nur wenn wir Investitionsausgaben in angemessenem Umfang tätigen können, werden wir nicht durch vermeidbare Investitionsstaus mit höheren Kosten konfrontiert und können dauerhaft unsere Einnahmehasis sichern. Dazu gehört auch, dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern als Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahlern dauerhaft nur die Kosten aufbürden wollen und dürfen, die notwendig sind. Das Verschieben sogenannter rentierlicher Investitionen z.B. in Abwasserkanäle ist der falsche Weg.

Eine bedarfsgerechte Verteilung der Mittel von Landes- und Bundesebene auf die Kommunen ist dazu geeignet, per Saldo keine neuen Kredite aufnehmen zu müssen und zugleich der erste Schritt auf dem Weg zur Schuldentilgung. Unsere bereits bestehenden Altschulden sowie die schwere Hypothek jahrelang aufgeschobener Investitionen und die Vielzahl an weiteren dringend notwendigen Investitionen können wir nur unter der Grundvoraussetzung einer bedarfsgerechten Verteilung der Landes- und Bundesmittel erfolgreich etwas entgegensetzen.

Gez. Ratsherr Wolfgang Schulz      f.d.R.

Gez. Ratsfrau Dagmar Hirdes      f.d.R.

Ratsfrau Antje Danker